

Auch »deutsche Zustände« haben eine Geschichte

Über die Zunahme rechtsextremistischer Weltbilder in der »Mitte«

Die Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Projektgruppe um Wilhelm Heitmeyer kommen zu dem Ergebnis, dass »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« ebenso auf dem Vormarsch ist wie der Wunsch nach mehr »Volksgemeinschaft«. Die Erosion der gewohnten bundesrepublikanischen Verhältnisse erzeugt auch in der Mitte »Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit«. Oder war die Mitte immer schon weiter rechts als angenommen? Muss daher es daher zwangsläufig zu einer Schwächung der Demokratie kommen?

Der Aussage: »Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« stimmten im Rahmen einer Studie der Friedrich Ebert Stiftung zum Rechtsextremismus in der Bundesrepublik bei einer Umfrage 26 Prozent der Deutschen ausdrücklich zu. Addiert man die gewählte Antwortmöglichkeit »Stimme teils zu, teils nicht zu«, erhöht sich dieser Anteil um 22,7 Prozent. Fast die Hälfte der BundesbürgerInnen wünscht sich also mehr oder minder ein »gesellschaftliches Gebilde, in dem es keine unterschiedlichen politischen Forderungen ihrer Mitglieder geben kann«. Dass solche Volksgemeinschaft über einen Führer organisiert werden sollte, betonen 15,4 Prozent, 18,7 Prozent sind sich nicht ganz schlüssig¹ Zuerst gilt es, diese Daten ernst zu nehmen, aber nicht zu dramatisieren. Wahrscheinlich können diejenigen, die solche eine Gesellschaftsformation explizit (31,8 %) ablehnen, mit dem Begriff Volksgemeinschaft mehr anfangen als die Zustimmungden; sie wissen um seinen historischen Kontext. Dennoch drückt die Zustimmung ein zielgerichtetes Unbehagen am Zustand unseres Gemeinwesens aus. Das wird im Rahmen der differenzierten Antwortbilanz der Studie deutlich.

Ein ausgemachtes und gefestigtes rechtsextremes Weltbild inklusive sich daraus entwickelnden Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, Antisemitismus, Sexismus, Rassismus et cetera herrscht bei den Führersuchern vor. Desintegrationsprozesse beeinflussen die Sehnsucht nach Inklusion in eine Gemeinschaft Gleichgesinnter, die sich dann über Exklusionsbestrebungen und –handlungen definiert. »Während über die gesamte Stichprobe betrachtet bei sinkender Lebenszufriedenheit die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen steigt, zeigt sich bei der Gruppe mit einem gefestigten rechtsextremen Weltbild ein

interessanter Effekt: Ihre Lebenszufriedenheit ist im Vergleich zur restlichen Bevölkerung höher.«² Die Konfrontation mit dieser »Binnenzufriedenheit« ist denn auch in der Praxis der Zusammenschlüsse gegen Rechts und rechte Gewalt ein gewichtiges Problem.³ Für die Analyse der von Wilhelm Heitmeyer herausgegeben Studie *Deutschen Zustände* insgesamt scheint jedoch der Umgang der *Mitte* mit demokratischer Politik besonders beachtenswert zu sein.⁴

»Vom Rand zur Mitte«

Beide Veröffentlichungen betonten den für ein demokratisches Gemeinwesen bedrohlich wirkenden der Zustand der deutschen Mitte. 61 Prozent der Bevölkerung zählten sich 2006 zur politischen Mitte⁵ und diese Schicht formiert sich zunehmend gegen AusländerInnen, MigrantInnen, Obdachlose und andere »Asoziale«, findet sich in Law-and-order-Parolen und sucht nach neuen (Selbst-)Ordnungssystemen. Die Mitte befindet sich dort, wo die Mehrheit steht und eigentlich immer schon stand; wir haben latent vorhandene Ansichten nur nicht bemerkt oder wahrhaben wollen. Rechtsextreme Einstellung finden wir - auch das ist nicht wirklich überraschend - bei älteren, vornehmlich männlichen Menschen, Vorruehständlern und Rentnern/Pensionären.⁶ Jugendlicher Rechtsradikalismus zieht mehr öffentlich Aufmerksamkeit auf sich: Randalen verkauft sich schlagzeilenträchtiger als der im braunen Sumpf blubbernde Stammtisch. Subjektive Alltagsbeobachtungen der Mitte wie rassistische Sprüche im Vereinsheim, das Verächtlichtmachen von Obdachlosen oder Homosexuellen im Kollegenkreis auch die sich häufenden ressentimentgeladenen Leserbriefe in Zeitungen auf regionaler und lokaler Ebene werden in den Erhebungen massiv verifiziert. Bei Decker/Brähler in der *Persönlichkeitsbeobachtung*, bei Heitmeyer und anderen durch die empirischen *Analysen sozialer Räume*.⁷ Die vorherrschende Wahrnehmung der Bundesrepublik als einer demokratisch gesicherten, halbwegs sozialen und verantwortungsvollen Gesellschaft entpuppt sich nach empirischer Analyse als wohlgemeinte, aber scheuklappenbehaftete Selbstsuggestion. Die öffentlich schweigende Mitte bildet einen Resonanzboden, auf dem die Artikulation, Propagierung und Handlung feindseligen Autoritarismus zunehmend möglich wird. Die Aufnahmebereitschaft für rechtsextreme Einstellungen oder - um Heitmeyers Schlüsselbegriff zu gebrauchen - *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* ist integraler Bestandteil von Mentalitäten der Mitte.

Um diese diffuse Mitte näher differenzieren und damit definieren zu können, wendet sich die Ebert-Studie intensiv Persönlichkeitsprofilen zu. Sie greift dabei bewusst auf die Klassiker

der Forschungen Adornos u. a. zur »The Authoritarian Personality« zurück – die Geschlechts- und Alterstruktur ihrer Umfragergebnisse zwingt dazu ebenso wie die Dimensionen rechtsextremer Einstellung. Sie versucht notwendige Bedingungen von rechtsextremer Orientierung zu befragen, die »Ausprägung von rechtsextremer Einstellung zu beschreiben.«⁸ Desintegration und Deprivation machen Menschen besonders anfällig, in Krisen eher rechtsextreme Positionen anzunehmen. Statusunsicherheit *kann* zu einer rechtsextremen Orientierung führen, *muss* aber nicht.⁹ Diese Feststellung klingt im Grunde banal. Doch sie bürtet das im rheinisch-korporatistischen Kapitalismus sozialdemokratisch geprägte Vorurteil, dass soziale Sicherung gegen rechtsextreme Einstellungen weitgehend immunisiere, empirisch gegen den Strich. Eigentlich müssten dieser Beobachtung tiefer gehende Analysen über den Statuscharakter, die Bedeutung und Bedeutungszumessung von bestimmten Reproduktionsbedingungen und –vorstellungen folgen. Schritte dazu werden in einer ausführlichen Analyse und Darstellung der Typisierung von Persönlichkeit und deren Affinität zu Rechtsextremismus unternommen.¹⁰ Dies vor dem »Hintergrund der weiten Verbreitung einzelner Dimensionen des Rechtsextremismus in der Bevölkerung, (in der) sich Menschen mit rechtsextremen Einstellungen bei allen erfragten Akteuren der Demokratie (Parteianhänger, Gewerkschaftsmitglieder und Kirchen) wieder finden lassen.«¹¹ Dass trotz dieser Sachverhalte weit über 90 Prozent der BundesbürgerInnen die »Idee der Demokratie für wichtig halten«, scheint verwirrend. Dieser Widerspruch entwirrt sich, wenn ausgewiesen wird, dass nicht die entscheidenden Elemente der Demokratie - die Organe der Legislative und Selbstverwaltung - Vertrauen genießen, sondern die Exekutive, voran die Polizei.¹²

»Deutsche Zustände«

Die Heitmeyer-Studie stellt die Gefahr von »Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit« in einer Phase zunehmender negativer Wahrnehmung und Ängste vor sozialem Abstieg ins Zentrum ihrer Analyse. Es »müssen funktionale Äquivalente entworfen und geschaffen werden, die das riskante Zusammenspiel aus Orientierungslosigkeit und *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* unterbinden, um den Menschen eine spürbare Kontrollierbarkeit des eigenen Lebens zu ermöglichen und Gelegenheiten zu positiven Kompetenzerfahrungen sowie gesellschaftlicher und politischer Teilhabe und Einflussnahme zu eröffnen.«¹³ Die AutorInnen verweisen darauf, dass sich unübersehbare Tendenzen zur Favorisierung autoritär/volksgemeinschaftlicher staatlicher Verfasstheit verbreiten und dass Rezepte aus dem »kulturpessimistischen« Lager an den Problemen vorbei gehen würden.

Wilhelm Heitmeyer hat in einem *taz*-Interview am 15. Dezember der neokonservativen Klage über einen Zerfall der Gesellschaft durch »Werteverlust« die Chancen einer »Wertepluralisierung« entgegengehalten, die mehr »Freiheiten schafft - es gibt den Milieuschraubstock nicht mehr«. Er wies dort daraufhin, dass »Werte heute in Konflikten ausgehandelt werden müssen«.

Dazu braucht es Räume, öffentlich und private, in denen Verständigung möglich wird, Räume die aber auch bewusst zur Gegenrede genutzt werden müssen. Dem Treiben der Strickmusterdesigner einer neuen Leitkultur (Lammert, Paul Nolte u. a.) in der deutschen Schicksalsgemeinschaft¹⁴ und ihren Multiplikatoren in der politischen Fläche sollte schon mehr kritische Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Denn, und an diesem Punkt werden beide Studien in ihren Schlussfolgerungen wortkarg, obwohl mit eindeutigen Hinweisen ausgestattet: In Regionen, in denen demokratische Diskursfähigkeit am geringsten praktiziert werden konnte – den neuen Bundesländern – oder durch landsmannschaftliche antiintellektuelle Verhaltenskodizes teilweise konterkariert wurden – Niedersachsen und Bayern und kleineren Gemeinden insgesamt – ist die Anfälligkeit für Rechtsextremismus besonders hoch.¹⁵ Das ist ein Indiz, wie sich volksgemeinschaftliche In- und Exklusion gerade dort breit machen kann, wo sie sozusagen zum Lebensstil gehört. Dagegen hilft kein großartiges Feuilletongeraune, sondern nur öffentliche Rede und Widerspruchsgeist. Dazu gehört auch, sich als StaatsbürgerIn ständig einzumischen gegen fahrlässigen oder demontierenden Umgang mit demokratischen Werten. Wenn »political correctness« zur formalen Hülle verkommt, ist sie so wenig wert wie zeithistorische Gedenktage, die zu prozeduralen Alibiveranstaltungen werden.

Ein kleines positives Beispiel aus der Provinz: Im Juli dieses Jahres hat die »Betriebsleitung Niedersächsische Landesforste« eine Hochglanzbroschüre unter dem Titel »Niedersächsisches Forstliches Bildungszentrum: Ein Erfolgsmodell wird siebzig« herausgegeben. Kommentarlos werden dort unter anderem Text- und Bilddokumente aus den Jahren 1936 bis 1944 abgedruckt. So auch eine Anordnung des Reichsforstmeisters vom 21. September 1943, in der es heißt: »Die Lage erfordert unbedingt, dass jede Arbeitskraft zu einem Höchstmaß an Leistung gebracht wird, damit der Rüstungsindustrie die notwendige Unterstützung zuteil werden kann.« Ein Bild zeigt mit Friedrich Alpers einen der größten Naziverbrecher des Landes Braunschweig in vollem SS-Wichs mit der Bildunterschrift: »Minister, späterer Generalforstmeister, Alpers begrüßt Waldarbeiter«. Im Oktober wurde auf Initiative eines aufmerksamen, politisch engagierten Bürgers die Presse und die Landtagsfraktion der Grünen über dieses Heft informiert und mit zeithistorischem Hintergrundwissen ausgestattet. Etliche

niedersächsische Zeitungen berichteten kritisch, die Fraktion startete eine parlamentarische Anfrage, und wenige Wochen später zog das Landwirtschaftsministerium begleitet von einem Entschuldigungsschreiben des Ministerpräsidenten Christian Wulff die Broschüre aus dem Verkehr.

Historische Dimension

Es gehört zum Verdienst der Ebert-Studie, dass sie explizit das deutsche Problem der Volksgemeinschaft thematisiert hat – wahrscheinlich der entscheidende Grund, warum über sie so wenig geredet wird. Wir beobachten Auflösungserscheinungen so genannter bürgerlicher Verhältnisse, die Demontage von als Lebensgewissheiten geltenden Normen, die bis in die Achtzigerjahre des 20. Jahrhunderts Stabilität und Orientierung verhießen. Noch immer aber haben die modernen Gesellschaften auf Krisen ihrer Reproduktionsbedingungen mit Desorientierung und/oder produktiver Suche nach Lösungen reagiert. Die bürgerliche Mitte der Weimarer Republik war insofern orientierungslos, als sie sich in rassistischen, obskuren, antimodernen und gleichzeitig technizistischen Weltbildern verlor, mit den dramatischen Wirren der damaligen Moderne nicht zurecht kam, sich an Heil versprechenden Zukunftsvisionen klammerte. Sie steuerte spätestens seit der Harzburger Front vom Oktober 1931 stramm auf Hitler zu. Sowie die deutsche Volksgemeinschaft viel älter als der Nationalsozialismus ist, so *können* Elemente von ihr, die heute immer noch wirken und seit der deutschen Vereinigung einen neuen Schub bekamen, zu einer virulenten Bedrohung der demokratischen Republik werden. Können, wenn einerseits die Mitte weiter mit der Popularisierung von Ressentiments und Vorurteilen durch die Politik bedient wird, und sich andererseits die zunehmende Vernachlässigung des öffentlichen Raums durch demokratisch-kritische Intervention fortsetzt.¹⁶

»Weil die Geschichte des 20. Jahrhundert unter anderem eine Geschichte der Schwächen der Demokratie(ist)«,¹⁷ sollte man sich diese Einsichten in die Geschichte bei der Beurteilung gegenwärtiger deutscher Zustände vor Augen halten. Dieser Blick fehlt beiden Studien. Sie bleiben auch da geschichtslos, wo ihre Daten den Vergleich geradezu provozieren. So droht die Analyse im Appellhaften zu versacken. Dem gilt es abzuhelpen und es gibt deutliche Anzeichen, dass sich die Zeitgeschichte verstärkt der historischen Forschung zur deutschen Volksgemeinschaft zuwendet¹⁸. Nicht nur, weil man dort dies Thema als Forschungslücke zum Nationalsozialismus endlich ausgemacht hat, sondern auch weil es durch die gegenwärtigen politischen Verhältnisse schier aufgezwungen wird.

¹Friedrich Ebert Stiftung (Hg.), Oliver Decker, Elmar Brähler unter Mitarbeit von Norman Geißler, 2006: *Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland*, Berlin, S. 32-37. M. E. gehen die Autoren sorgfältig und gewissenhaft mit der Begrifflichkeit um. Sie räumen ein: »Der Begriff des Rechtsextremismus ist für die politische Analyse offensichtlich ungenau.« (S. 158) Deshalb wählen sie über »Einstellungsmuster« folgende Definition: »Der Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsverfahren, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.« (S. 20).

² Ebert-Stiftung, a. a. O., S. 97.

³ Vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), 2006: *Abschlussbericht zur Umsetzung des Aktionsprogramms »Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«*– CIVITAS, entimon, Berlin, S. 77-84.

⁴ Wilhelm Heitmeyer (Hg.), 2007: *Deutsche Zustände*. Folge 5, Frankfurt / Main. Wie die Titel schon andeuten: In der Heitmeyerstudie stehen *Zustände*, konkret die Entwicklung des Indikators »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« seit über einem halben Jahrzehnt im Focus der Untersuchung, während sich die Untersuchung der Friedrich Ebert Stiftung auf die Ermittlung von rechtsextremen *Einstellungen* und ihren vorwiegend sozial- und individualpsychologischen Treibkräften handelt. Auf methodische Kritiken an diesen Studien soll hier nicht eingegangen werden. Die fundamentale methodische Selbstkritik der Autoren der Ebert Studie sie hier aber ausdrücklich erwähnt: »Die von uns diskutierten Einflussfaktoren und Schutzmechanismen lassen das Problem als eines erscheinen, das im einzelnen Menschen begründet liegt. Dieses Missverständnis ist durch den Fokus unserer Untersuchung angelegt: Wir haben die Einstellung der Menschen in den Blick genommen, den Rechtsextremismus in seiner Ausprägung beim Einzelnen untersucht, Aber Rechtsextremismus ist vor allen Dingen kein Individualproblem, sondern ein gesellschaftliches. Wie wir in unserer Diskussion versucht haben zu zeigen, ist es ein Problem der Gesellschaft, unter welchen Bedingungen Menschen in ihr aufwachsen.«(S. 172-173)

⁵ Heitmeyer, a. a. O., S. 30.

⁶ »...auffallend ist vor allem der sehr viel höhere Anteil von Rentnern und Vorruehstählern bei Rechtsextremen (41,8%) Sie bilden die größte Gruppe innerhalb der Rechtsextremen.« Ebert-Stiftung, a. a. O., S. 113.

⁷ Martin Petzke/Kirsten Endrikat/Steffen M. Kühnel: »Risikofaktor Konformität. Soziale Gruppenprozesse im kommunalen Kontext«, in: Heitmeyer a. a. O., S. 52-76.

⁸ Ebert-Stiftung, a. a. O., S. 9.

⁹ Ebd., S. 17.

¹⁰ Ebd., S. 131 ff.

¹¹ Ebd., S. 56.

¹² Ebd., S. 70-71. Vertrauen in die politischen Parteien haben 43% West- bzw. 37% OstbürgerInnen, in den Bundestag 68% bzw. 54% in die Polizei 85% bzw. 76%.

¹³ Sandra Hüpping/Jost Reinecke: Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung soziökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*, in: Heitmeyer a. a. O., S. 96.

¹⁴ Vgl. Peter Schyga: »Schicksalsgemeinschaft im Aufwind«, in: *Kommune* 2/05, S. 12-14.

¹⁵ So interpretiere ich die Untersuchungsabschnitte »Rechtsextreme Syndrome nach Gemeindegröße« und »Fremdenfeindlichkeit differenziert nach Bundesländern« in: Wilhelm Heitmeyer: »Wo Angst sich breit macht«, in: *ZEIT* v. 14. 12. 06.

¹⁶ Vgl. Peter Schyga: »Volksgemeinschaft und Opfermythos«, in: *Kommune* 4/06, S. 13-17. Die empirischen Befunde der Studien belegen (leider) eindrucksvoll die in meinem Artikel geäußerten Beobachtungen, historiografischen Analysen und theoretischen Überlegungen zum Zustand vieler ostdeutscher Gemeinwesen.

¹⁷ Fritz Stern: »Ein gewöhnliches Leben in ungewöhnlichen Zeiten. Politik und Zeitgenossenschaft im 20. Jahrhundert«, in: Norbert Frei (Hg.) 2006: *Was heißt und zu welchem Ende studiert man Geschichte des 20. Jahrhunderts?* Symposium zur Eröffnung des *Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Weimar, S. 31.

¹⁸ Das Jena Center Geschichte des 20. Jahrhunderts veranstaltete am 15./16 Dez. 2006 ein Symposium »Martin Broszat, der ‚Staat Hitlers‘ und die Historisierung des Nationalsozialismus«. Während die Berichterstattung (namentlich Volker Ulrich in der *ZEIT* und Jörg Später in der *SZ*) über diese Veranstaltung auf Aspekte vergangener Debatten um eine »intentionale oder strukturalistische/funktionalistische« Deutung nationalsozialistischer Herrschaft abhob, bildete die forschungspolitische Hinwendung zur verstärkten Untersuchung von Strukturen und Mentalitäten der Volksgemeinschaft in ihrem Verhältnis zum politischen System des Nationalsozialismus den vorwärts weisenden Kern dieser hochkarätig besuchten Veranstaltung.